



Medienmitteilung

Luzern, 11. April 2022

Haltung des VSPB zur Übernahme der EU-Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache (Beteiligung der Schweiz am Ausbau von Frontex)

VSPB – Am 15. Mai 2022 findet die Volksabstimmung zum Thema „Übernahme der EU-Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache“ statt. Der Bundesrat und das Parlament empfehlen die Annahme dieser Vorlage. Es wurde jedoch das Referendum dagegen ergriffen.

Der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB unterstützt die Vorlage des Bundesrates. Der VSPB vertritt die Meinung, dass ein möglicher Ausschluss der Schweiz aus der Schengen/Dublin-Zusammenarbeit sich negativ auf die Arbeit der Polizeikräfte auswirkt. Die Polizei ist darauf angewiesen, sich mit anderen Nationen auszutauschen und für Ermittlungen die Unterlagen und den Wissenstransfer zu garantieren. So zum Beispiel der Zugang zum Schengener Informationssystem (SIS II) und zum Visa Informationssystem (VIS). Ein Ausschluss aus diesen Kooperationen stellt ein Hindernis für die Polizeiarbeit dar, wirft die Schweizer Polizeiarbeit zurück und schwächt die innere Sicherheit. Die Inklusion der Schweizer Polizei in die Zusammenarbeit im Rahmen der Schengen/Dublin-Kooperation begünstigt eine professionelle, effiziente und internationale Arbeit.

Wir sind überzeugt, dass mit dem Ausbau und Erhalt von Frontex die gemeinsame, grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Polizei verbessert wird und auch weiterhin mehr Sicherheit für die Schweiz bietet.

Für weitere Informationen:

- Deutsch: Johanna Bundi Ryser, Präsidentin VSPB, Tel. 079 609 50 90
 - Französisch und Italienisch: Max Hofmann, Generalsekretär VSPB, Tel. 076 381 44 64
-



DE

FR